

Freshfields Bruckhaus Deringer

Dieser Artikel ist unvollständig! **Helfen Sie mit ihm zu verbessern!**

Freshfields Bruckhaus Deringer LLP (Limited Liability Partnership)

Freshfields Bruckhaus Deringer ist eine der größten Wirtschaftskanzleien weltweit und einer der Vorreiter beim Einstieg von Anwaltskanzleien in das Lobbygeschäft in Deutschland. 2005 wurde eine spezielle Abteilung für Public Affairs gegründet. Die Kanzlei hat zudem in den letzten Jahren an wichtigen Gesetzen mitgeschrieben, insbesondere in der Finanzkrise. Zugleich beriet sie zahlreiche Banken, auch bei Anträgen für Mittel aus den Rettungspaketen.

Branche	Recht
Hauptsitz	London
Lobbybüro	Potsdamer Platz 1, 10785
Deutschland	Berlin Deutschland
Lobbybüro EU	Bastion Tower
	Place du Champ de Mars 5, 1050 Brüssel Tel.: +32 02-504.70.00
Webadresse	www.freshfields.de

Freshfields schrieb den Entwurf zum **Finanzmarktstabilisierungsgesetz**, das im Volksmund als

"Rettungsschirm" bekannt wurde sowie den Text des **Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz**.^[1] Die Kanzlei war auch an der Umsetzung und Vergabe der Finanzhilfen beteiligt (siehe unten).

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Organisationsstruktur und Personal	1
3 Finanzen	2
4 Fallstudien und Kritik	2
4.1 Freshfields in der Finanzkrise	2
4.2 Berliner Sparkassengesetz	3
4.3 Engagement im Bereich Gentechnik	3
4.4 Weitere Freshfields-Projekte	3
5 Kontaktdaten	3
6 Weiterführende Informationen	3
7 Einzelnachweise	4

Kurzdarstellung und Geschichte

Freshfields Bruckhaus Deringer beschäftigt nach eigenen Angaben 2.500 Anwälte in "27 bedeutenden Wirtschaftszentren der Welt" und berät "internationale Unternehmen, Finanzinstitute und Regierungen."^[2]

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder, Mitgliederorganisationen (Verbände) Organisationsstruktur, Rechtsform, zentrale Entscheidungsgremien, Sitz und Lobbybüros der Organisation wichtige Personen (aktuell und ehemalig), z.B. Präsidium oder Cheflobbyisten (in Berlin/Brüssel)

Finanzen

Umsatz, Tochtergesellschaften (Unternehmen) Finanzierung, Ressourcen, Geldgeber, Kunden (Verbände und Agenturen)

Fallstudien und Kritik

Freshfields in der Finanzkrise

Freshfields spielte bei den deutschen Rettungsmaßnahmen in der Finanzkrise eine herausragende Rolle. Die Kanzlei schrieb an mehreren Gesetzen und Verordnungen mit und beriet zudem laut www.juve.de sowohl Banken als auch Bund und SoFFin bei der Vergabe der Finanzhilfen.

Weitere Details zum [Finanzmarktstabilisierungsgesetz](#)

Finanzmarktstabilisierungsfondsverordnung

Auch bei der Verordnung, die die Ausführung des FMStG bestimmt, wurde auf Freshfields zurückgegriffen wurde. Dies bestätigte die Bundesregierung in der Antwort auf eine schriftliche Frage des Bundestagsabgeordneten Jürgen Koppelin (FDP). In der Antwort heißt es, die „Beratungstätigkeit von Freshfields Bruckhaus Deringer LLP erstreckte sich auf die juristische Prüfung von Einzelfragen und den Entwurf einzelner Formulierungsvorschläge. Die Prüfung und Revision des Verordnungsentwurfs erfolgte ausführlich im Ressortkreis.“^[3] Dagegen schreibt der Focus: „Der Entwurf für den Verordnungstext ging am Freitagnachmittag von den Computern der Freshfields-Berater Alexander Glos und Gunnar Schuster ans Ministerium. Von dort schickten ihn Beamte ohne Änderung per Mail an Steinbrücks Kabinettskollegen sowie die Spitzen der Koalitionsfraktionen. Bis zur Verabschiedung am darauffolgenden Montagmorgen 8.30 Uhr im Kabinett wurde nur noch wenig geändert.“^[4] Danach ist es fraglich, ob das zuständige BMF den Verordnungsentwurf wirklich noch „ausführlich“ geprüft hat - und etwa nicht die Arbeit am Entwurf komplett an Freshfields ausgelagert hat.

Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz

Auch am Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz schrieb Freshfields mit. Das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz, das den Weg für eine Enteignung der HypoReal Estate freimachen soll, wurde „in nur wenigen Tagen Dauerarbeit“ geschmiedet und „die Ministerialbürokratien in Berlin haben dann den Gesetzesentwurf nach dem üblichen Procedere abgestimmt“ - so die Süddeutsche Zeitung vom 20.2.2009.^[5]

Beratung bei der SoFFin-Mittelvergabe

Auch bei der Vergabe der Finanzhilfen wurde auf externe Berater zurückgegriffen. Nicht nur Freshfields wurde engagiert, sondern eine ganze Reihe von Kanzleien. „Angesichts der dünnen Personaldecke greift der Fonds auf Banken, Rechtskanzleien und Unternehmensberater zurück.“ (Handelsblatt, 23.11.2008) Recherchen in der Juristen-Datenbank www.juve.de zeigen, dass auch bei den einzelnen Vergabeentscheidungen vor allem Freshfields den Bund und [Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung](#) (SoFFin) beriet. Bei seinen Stammkunden, Deutsche Post (Verkauf der Postbank an die Deutsche Bank) und HSH Nordbank (30 Mrd Euro Garantien, Absicherung von Ausgabe von HSH-Anleihen), wechselte Freshfields die Seiten und vertrat die Antragssteller. Bei der Absicherung der HSH-Anleihe übernahm für sie die Kanzlei

Linklaters die Beratung der SoFFin, die u.a. den Antragssteller HypoReal Estate schon zweimal erfolgreich vertreten hatte. Bei der Bearbeitung der zwei Commerzbank-Anträgen trat die Kanzlei Lovells als Berater der Bundesregierung bzw. des BMF in Erscheinung, der SoFFin wurde einmal mehr durch Freshfields beraten. Ebenso bei der Vergabe von Bürgschaften in Höhe von 4 Mrd Euro an die Aareal Bank. Besonders brisant - Freshfields-Partner Gunnar Schuster, hier die SoFFin beratend, war nach Informationen von JUVE in der Vergangenheit in mehreren Fällen für die Aareal Bank tätig.

Berliner Sparkassengesetz

Für den Berliner Senat arbeitete Freshfields das umstrittene Sparkassengesetz von 2005 aus, das die weitgehende Privatisierung der Berliner Sparkasse ermöglichte. Nach einem Bericht von Report Mainz von 2006 war die Kanzlei zugleich über Berateraufträge dem Bundesverband deutscher Banken und vielen Großbanken verbunden. Diese haben ein starkes Interesse an der Privatisierung der Sparkassen. Auch gegenüber Report Mainz verweigerte die Kanzlei damals ein Interview über mögliche Interessenkonflikte. Report Mainz vom 20. März 2006, nicht mehr online verfügbar

Engagement im Bereich Gentechnik

Die Kanzlei ist unter anderem sehr aktiv in Fragen der grünen Gentechnik, also gentechnisch veränderter Pflanzen und Lebensmittel. Sie beriet die Saatgutfirma KWS und vertrat das Land Sachsen-Anhalt in einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Gentechnik-Gesetz der rot-grünen Bundesregierung. Sachsen-Anhalt wollte die Einschränkungen für den Anbau gentechnisch veränderter Organismen zu Fall bringen. Nach dem Regierungswechsel 2005 arbeitete Freshfields einen Entwurf für ein Gentechnik-Gesetz aus. Für welchen Auftraggeber ist unbekannt. Die Kanzlei ist nicht bereit, über ihre Lobby-Aktivitäten zu sprechen. LobbyPlanet Berlin

Weitere Freshfields-Projekte

- Die [Toll Collect](#)-Verträge
- Finanzprodukt [Cross Border Leasing](#)[Scheinenteignung](#) Interview Reinhard Jellen mit Werner Rügemer, telepolis am 9. März 2009, abgerufen am 21. Juli 2010

Kontaktdaten

Website:

Weiterführende Informationen

- Weitere Informationen zum Thema [Gesetzesoutsourcing](#)
- Freshfields Bruckhaus Deringer hat sich bisher nicht im freiwilligen [Lobbyregister](#) der EU, als eigenständige Organisation, eintragen lassen.^[6]
- Freshfields Bruckhaus Deringer ist als Mitgliedsorganisation unter dem think-tank [European Policy Centre](#) (EPC) gelistet.^[7]

Einzelnachweise

1. ↑ *Kanzlei Freshfields schrieb die Gesetzesvorlage zur Hypo Real Estate.- Ordentliche Enteignung und Insolvenz des maroden Finanzinstituts sollen verhindert werden, junge Welt am 25. Februar 2009, abgerufen am 21. Juli 2010. Report München: Rettungsschirm für Banken - Bürger gehen leer aus , 20. April 2009*
2. ↑ *Über uns*, Freshfields-Webseite, abgerufen am 28.10.2010
3. ↑ *Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 27. Oktober 2008 eingegangenen Antworten der Bundesregierung*, Bundestags-Drucksache 16/10733 vom 31.10.2008, S.10F
4. ↑ *Keiner weiß es genau*, Focus, 27.10.2008, abgerufen am 27.10.2010
5. ↑ *Im Feuer geschmiedet*, SZ, 20.02.2009
6. ↑ *EU-Lobbyregister*, Stand: 24.08.2010
7. ↑ *Register der Interessenvertreter*, Website der Europäischen Kommission, abgerufen am 03.11.2010